

A11: Weg vom Schreibtisch, raus auf die Straße – für verdächtig gute Jobs bei der Polizei

Antragsteller: KV Dresden

Votum der Antragskommission: Annahme

Der Landtag der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien möge beschließen:

- 1 Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich bei der CDU Sachsen, bei der CDU-Fraktion und
- 2 bei der Staatsregierung dafür ein, den Polizeiberuf dauerhaft attraktiver zu gestalten und
- 3 Polizeibedienstete durch Entbürokratisierung, Digitalisierung und moderne Arbeitsbedingungen zu
- 4 entlasten.
- 5 Dazu fordert die Junge Union Sachsen & Niederschlesien:
- 6 1. Abbruchquoten transparent ausweisen und Ursachen systematisch untersuchen. Der Freistaat
- 7 soll jährlich ausweisen, wie viele Anwärtinnen und Anwärter Ausbildung und Studium beginnen,
- 8 abbrechen und erfolgreich abschließen. Die Gründe für Ausbildungs- und Studienabbrüche sind
- 9 systematisch zu erfassen und auszuwerten. Aus den Ergebnissen sollen konkrete Maßnahmen zur
- 10 Verbesserung von Ausbildung, Studium und Berufseinstieg abgeleitet werden.
- 11 2. Arbeitsbedingungen und Vereinbarkeit im Polizeidienst verbessern. Die Rahmenbedingungen
- 12 des Polizeiberufs sollen insbesondere durch verlässlichere und frühzeitigere Dienstplanung,
- 13 praxistaugliche Arbeitszeitmodelle sowie eine bessere Vereinbarkeit von Schichtdienst, Familie und
- 14 ehrenamtlichem Engagement verbessert werden. Psychosoziale Betreuung, Einsatznachsorge,
- 15 Supervision und niedrigschwellige Unterstützungsangebote sind weiter auszubauen.
- 16 3. Polizeibedienstete von vermeidbarer Bürokratie entlasten. Dokumentations-, Berichts- und
- 17 Verwaltungspflichten sollen auf ihre Notwendigkeit überprüft, vereinfacht und Mehrfacherfassungen
- 18 abgebaut werden. Anzeigen, Berichte, Abfragen, Fotos, Dokumente und Einsatzinformationen sollen
- 19 soweit möglich mobil erfasst und anschließend digital weiterverarbeitet werden können.
- 20 4. Einheitliche digitale Infrastruktur für Sicherheits- und Justizbehörden schaffen. Polizei,
- 21 Staatsanwaltschaften, Justiz und Ordnungsbehörden sollen perspektivisch auf einer einheitlichen,
- 22 behördenübergreifenden IT-Infrastruktur arbeiten, statt weiterhin parallele Insellösungen zu
- 23 entwickeln. Bis dahin sind bestehende Systeme durch kompatible Schnittstellen konsequent
- 24 miteinander zu vernetzen. Einmal erfasste Daten sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten digital
- 25 weitergegeben und verarbeitet werden können, ohne sie erneut erfassen, ausdrucken oder manuell
- 26 übertragen zu müssen.

27 5. Künstliche Intelligenz zur Entlastung von Routineaufgaben einsetzen. Rechtssichere KI-
 28 Anwendungen sollen insbesondere für automatisierte Transkription, Berichts- und Vorgangserstellung,
 29 Recherche, Aktenaufbereitung sowie die Strukturierung und Auswertung großer Datenmengen
 30 eingesetzt werden. Neue digitale Anwendungen sollen vor ihrer flächendeckenden Einführung auf
 31 Praxistauglichkeit und tatsächliche Zeitersparnis geprüft werden.

Begründung:

Wir stehen an der Seite unserer Polizei. Damit das nicht nur eine Phrase bleibt, müssen wir diesen Anspruch auch in die Tat umsetzen. Wer von Polizistinnen und Polizisten erwartet, jeden Tag für unsere Sicherheit und unseren Rechtsstaat einzustehen, muss ihnen auch Arbeitsbedingungen bieten, unter denen sie diesen Beruf langfristig und gerne ausüben können. Der Polizeiberuf verlangt viel: Schichtdienst, Wochenend- und Feiertagsarbeit gehören ebenso dazu wie Einsätze bei schweren Unfällen, Gewalt, Tod und psychischen Ausnahmesituationen. Hinzu kommt eine Entwicklung, die uns besonders besorgen muss: Polizeibedienstete werden zunehmend selbst zur Zielscheibe von Respektlosigkeit, Beleidigungen, Bedrohungen und Gewalt. Wer täglich für den Rechtsstaat den Kopf hält, verdient nicht nur unseren Respekt, sondern auch die Fürsorge seines Dienstherrn.

Umso mehr muss uns zu denken geben, dass derzeit bis zu ein Fünftel eines Jahrgangs Ausbildung oder Studium bei der sächsischen Polizei abbricht. Gleichzeitig wissen wir bislang nicht hinreichend systematisch, warum diese Menschen gehen. Dabei können Ausbildungsorganisation, Betreuung und Praxisbezug ebenso eine Rolle spielen wie Belastung, Wohnsituation, gesundheitliche Anforderungen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wer Menschen für die Polizei gewinnt, muss auch dafür sorgen, dass sie bleiben. Und wer Abbrüche verhindern will, muss zunächst wissen, warum sie stattfinden. Das gilt über Ausbildung und Studium hinaus. Ein Beruf mit Nacht-, Wochenend- und Schichtdiensten wird nie ein gewöhnlicher Bürojob sein – und soll es auch nicht werden. Aber gerade deshalb müssen Dienstpläne so verlässlich wie möglich sein und Arbeitszeitmodelle dort Flexibilität schaffen, wo der Polizeialltag sie zulässt. Familie, Ehrenamt und Polizeiberuf dürfen nicht unnötig gegeneinander ausgespielt werden. Gleichzeitig müssen wir diejenigen auffangen, die in ihrem Dienst außergewöhnlichen Belastungen ausgesetzt sind. Gewalt, schwere Unfälle, Todesfälle oder eigene Angriffe gehen an Menschen nicht spurlos vorbei. Kommen Schichtdienst, Überstunden und dauerhaft hohe Belastung hinzu, können Erschöpfung und innere Distanz zum Beruf die Folge sein. Psychosoziale Betreuung, Einsatznachsorge und niedrigschwellige Hilfsangebote sind deshalb kein Luxus. Wer seine Polizeikräfte langfristig halten will, muss sich auch um die Menschen hinter der Uniform kümmern.

Doch mehr Polizei auf der Straße erreichen wir nicht nur dadurch, Menschen im Beruf zu halten. Wir müssen ihnen auch mehr Zeit für Polizeiarbeit geben. Schätzungsweise bis zu 40 Prozent ihrer täglichen Arbeitszeit verbringen Polizeibedienstete mit Verwaltungsarbeit. Natürlich gehört Dokumentation zu

rechtsstaatlicher Polizeiarbeit. Nicht dazugehören sollten aber vermeidbare Doppelarbeit, Mehrfacherfassungen und umständliche Verwaltungswege. Es ist schwer vermittelbar, wenn ein im Einsatz bereits aufgenommener Sachverhalt später erneut eingegeben, ein Dokument ausgedruckt und wieder eingescannt oder dieselbe Information für eine andere Behörde nochmals manuell übertragen werden muss. Genau solche Abläufe binden Arbeitszeit, ohne einen einzigen zusätzlichen Fall aufzuklären oder eine zusätzliche Streife auf die Straße zu bringen. Kompatible Systeme und funktionierende Schnittstellen zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften, Justiz und Ordnungsbehörden müssen deshalb selbstverständlich werden. Auch Künstliche Intelligenz bietet dafür konkrete Chancen. Polizeiberichte können automatisiert transkribiert und vorstrukturiert, Akten aufbereitet und große Datenmengen schneller ausgewertet werden. Gerade bei Routineanzeigen und wiederkehrenden Dokumentationsaufgaben kann moderne Technik Arbeitszeit freisetzen. Noch werden Polizeiberichte teilweise händisch eingegeben, obwohl automatisierte Transkription und KI-gestützte Texterstellung technisch längst möglich sind. Dabei gilt für uns: Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie ist dann erfolgreich, wenn am Ende weniger geklickt, weniger doppelt erfasst und weniger Zeit am Schreibtisch verbracht wird.

Wir stehen an der Seite unserer Polizei. Das heißt für uns ganz konkret: Bessere Bedingungen für die Menschen hinter der Uniform, weniger unnötige Bürokratie und moderne Technik, die ihnen Arbeit abnimmt. Denn wir brauchen unsere Polizistinnen und Polizisten nicht vor Aktenbergen, sondern dort, wo sie für Sicherheit sorgen – bei den Menschen, in den Ermittlungen und auf unseren Straßen.